

Walter Schilling

Die Demilitarisierung als einzige Chance

Warum der Gaza-Konflikt ohne eine Entwaffnung der Hamas nicht zu lösen ist

Anfang Juli 2014 mussten wir einmal mehr zur Kenntnis nehmen, dass die islamistische Terrororganisation Hamas vom Gazastreifen aus massive Raketenangriffe gegen die Zivilbevölkerung in Israel führte und über ein raffiniert ausgebautes Tunnelsystem den Kampf auf israelischen Boden auszuweiten versuchte. Nur die entschlossene Gegenwehr der israelischen Streitkräfte und der erfolgreiche Einsatz des landesweiten Raketenabwehrsystems konnten der Terrororganisation zum wiederholten Male ihre Grenzen aufzeigen. Doch im Zuge der militärischen Auseinandersetzung ist erneut deutlich geworden, dass die Kernfrage des Konflikts bislang nicht gelöst werden konnte. Nach wie vor beherrscht die Hamas den Gazastreifen mit brutaler Gewalt und kündigt an, dass sie an ihrer grausamen Strategie festhalten wird, die eigene Zivilbevölkerung als Schutzschild zu benutzen und ihre Waffen von Moscheen, Krankenhäusern, Schulen und Wohnhäusern aus einzusetzen. Erfahrungsgemäß kann die Terrororganisation dabei davon ausgehen, dass Vertreter westlicher Medien die damit verbundenen Bilder vom Leid der betroffenen Menschen und der Zerstörungen unhinterfragt transportieren und auf diese Weise zumindest indirekt den Terrorismus unterstützen.

Die meisten Journalisten im Gazastreifen konzentrieren sich nahezu ausschließlich darauf, die Opfer unter der Zivilbevölkerung zu präsentieren – mit dem klaren Ziel, das Vorgehen der Israelis zu delegitimieren und politischen Druck auf die eigenen Regierungen auszuüben. Das ist ein äußerst fragwürdiges Verhalten, bedenkt man die Tatsache, dass die Hamas – wie andere islamistische Terrorgruppen und das despotische Mullah-Regime im Iran – auch weiterhin das Ziel verfolgt, den Staat Israel zu zerstören.

Grotesk erscheint dabei die Forderung, verbreitet auch von deutschen Journalisten, Israel solle nicht so hart gegen Hamas vorgehen, da »sonst noch radikalere Gruppen die Herrschaft im Gazastreifen übernehmen würden«. Damit nicht genug wird von manchen Medien mit Blick auf das fanatische und menschenverachtende Vorgehen der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) in Syrien und im Irak der Eindruck vermittelt, Hamas sei »gar nicht so schlimm«. Großzügig übergehen diese Wohlmeinenden dabei, dass IS wie Hamas Terrororganisationen sind, die ihr Handeln in ähnlicher Weise aus der dschihadistischen Ideologie ableiten, dass IS und Hamas sehr eng zusammenarbeiten und vom Golf-Emirat Qatar auf vielfältigen Wegen großzügige finanzielle Unterstützung erhalten. Die in manchen Bereichen der deutschen Medienlandschaft ausgeprägten antiisraelischen Tendenzen lassen befürchten, dass dies keineswegs der letzte Versuch gewesen sein wird, mit dem einige Journalisten ihr Publikum in die Irre zu führen und daran zu hindern versuchen, eine realistische Sicht auf die politische Entwicklung im Nahen Osten zu gewinnen.

Demgegenüber steht fest, dass die israelische Regierung ihrer Pflicht nachkommen muss, ihren Bürgern ein Leben in Ruhe und Frieden zu ermöglichen. Sie führt zu diesem Zweck keinen Krieg

gegen das palästinensische Volk, sondern gegen eine Terrororganisation, deren zynische Strategie für das unsägliche Leid der Menschen und die großen Zerstörungen verantwortlich ist. Ermöglicht durch den Waffenschmuggel aus dem Iran nach Gaza wurden bei den massiven Angriffen der Hamas in jüngster Zeit zunehmend weiterreichende Raketen gegen ausschließlich zivile Ziele in ganz Israel abgefeuert. Gegen die wachsende militärische Bedrohung der Existenz des israelischen Staates helfen offensichtlich Feuerpausen oder ein längerer Waffenstillstand nichts. Im Gegenteil werden sie von der Terrororganisation regelmäßig genutzt, um ihre Waffenbestände zu ergänzen und zu modernisieren, was eine neue militärische Auseinandersetzung nur als eine Frage der Zeit erscheinen lässt. Angesichts dessen kann in den auch von der israelischen Regierung aktiv betriebenen diplomatischen Bemühungen zur Beendigung des Konflikts kein Abkommen akzeptabel sein, das die Hamas weiterhin militärisch handlungsfähig lässt. Ministerpräsident Netanjahu strebt deshalb zu Recht die Demilitarisierung des Gazastreifens an.

Die internationale Lage ist hierfür günstiger als während der Herrschaft der Muslimbruderschaft in Ägypten. Die derzeitige ägyptische Regierung hat kein Interesse an der erneuten Stärkung der von den Muslimbrüdern abstammenden Hamas. Sie hält ihre Grenze zum Gazastreifen strikt geschlossen und versucht, die wichtige Rolle als Vermittler zu übernehmen, nachdem die USA aufgrund ihrer gescheiterten Vorstöße für die Friedensbemühungen praktisch ausgefallen sind. Auch Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Jordanien gehen nach den jüngsten militärischen Auseinandersetzungen auf größere Distanz zur Hamas. Lediglich der Iran, die Türkei und Qatar unterstützen die Terrorgruppe auch weiterhin.

Vor diesem Hintergrund ist klar, dass am Ende eines sicherlich schwierigen diplomatischen Prozesses die vollständige und lückenlose Kontrolle über den Gazastreifen stehen muss. Es reicht keineswegs aus, dem Vorschlag einiger europäischer Staaten zu folgen und eine Grenzmission für den Gaza – etwa in Rafah – einzurichten. Unabdingbar ist vielmehr die Entwaffnung der Terrororganisation Hamas. Diese Entwaffnung könnte im Gegenzug mit dem wirtschaftlichen Aufbau und großzügiger finanzieller Unterstützung einhergehen. Die internationale Staatengemeinschaft sollte in diesen Prozess einbezogen werden, vor allem um die Demilitarisierung abzusichern und für einen kontrollierten Übergang in die Neuordnung zu sorgen. Ein Weg dazu wäre möglicherweise, den schmalen Landstrich mit seinen 1,8 Millionen Einwohnern wieder der PLO unter der Führung von Mahmud Abbas zu überantworten. Angesichts der kaum noch zu verhindernden nuklearen Bewaffnung des Iran und der mit dem Mullah-Regime drohenden Auseinandersetzung dürfte es wohl die letzte Chance für die Palästinenser sein, zu vermeiden, dass Israel als Ultima Ratio wieder selbst die Kontrolle über den Gazastreifen übernimmt und in eigener Regie für die Demilitarisierung sorgt.